

P R E S S E M I T T E I L U N G

SPD/DIE LINKE kritisiert Stadt Augsburg scharf - Fast 1400 Kinder ohne Kitaplatz

Im Jugendhilfeausschuss wurde diese Woche die aktuelle Statistik zur Kitaplatzversorgung in Augsburg vorgestellt – demnach haben in diesem Jahr mit Stand 01.07. insgesamt 1397 Kinder keinen Kitaplatz erhalten – 596 davon sind bereits älter als 3 Jahre. Die SPD/DIE LINKE – die soziale fraktion kritisiert die Weigerung der Stadt Augsburg, attraktive Arbeitsbedingungen für Kita-Beschäftigte zu schaffen scharf.

„In der letzten Ratsperiode mangelte es noch an Räumlichkeiten für Kitas. Dank der Arbeit unseres Sozialreferenten Stefan Kiefer in der letzten Stadtregierung sind heute genügend Räume vorhanden, um genügend Kitaplätze zu schaffen. Allerdings fehlt es jetzt an allen Ecken und Enden am notwendigen Personal. Unsere Anstrengungen waren letztlich vergebene Liebesmüh, wenn wir es nicht hinbekommen, die Kitas mit Leben und mit dem notwendigen Personal zu füllen. Leidtragende sind die Eltern und die Kinder. Wiederholt haben wir beantragt, dass die Stadt Augsburg dem Beispiel anderer Kommunen folgt und dem dringend benötigten Personal Arbeitsmarktzulagen gewährt und die Beschäftigten an den Kitas höher eingruppiert – schwarz-grün hat das stets abgelehnt. Trotz der prekären Situation weigert sich die Stadtregierung beharrlich, Anreize zur Personalgewinnung zu setzen – mit der Folge, dass sich Fachkräfte zu anderen Kommunen hin orientieren. Wir erwarten von der OB und der Bildungsbürgermeisterin, dass sie Politik für die Familien in Augsburg machen, ihre Blockadehaltung aufgeben und eine bessere Bezahlung der Beschäftigten in den Augsburger Kitas endlich ermöglicht,“ so Fraktionschef Dr. Florian Freund.

„Immer wieder wurden wir von Seiten der Stadt mit der Behauptung abgespeist, eine höhere Eingruppierung der Kita-Beschäftigten und eine Arbeitsmarktzulage seien aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Angesichts dessen, dass zum Beispiel die Landeshauptstadt München das seit Jahren so umsetzt, ist eine solche Begründung eine Farce.

Die Lebenshaltungskosten im Großraum Augsburg sind hoch – wenn sich die Beschäftigten in den städtischen Kitas ein Leben in Augsburg nicht mehr leisten können, ist es mehr als verständlich, wenn sie zu anderen Arbeitgebern abwandern,“ ergänzt Stadträtin Anna Rasehorn.

Aussage der Stadtregierung irritiert!

Von Seiten der Stadtregierung heißt es, dass der Freistaat Bayern eine Praktikumsvergütung für Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger blockiere. Er weigere sich zudem, eine Praktikumsvergütung zu zahlen und verbiete den Kommunen, die Praktikumsvergütung selbst zu übernehmen. „Nach unserem Kenntnisstand trifft die Information der Stadtregierung nicht zu“, so Anna Rasehorn, zuständig für den Jugendhilfeausschuss im Stadtrat. Vielmehr sei das Gegenteil der Fall. Rasehorn weiter: „Eine Nachfrage bei den zuständigen Mitarbeitern der Gewerkschaft ver.di hat ergeben, dass der Freistaat seinen Kommunen sogar die Zahlung einer Praktikumsvergütung empfiehlt. Wenn das so zutrifft, informiert die Stadtregierung den Stadtrat entweder bewusst falsch, um Kosten zu sparen, oder sie ist so schlecht informiert, dass es untragbar wäre. In beiden Fällen lässt die Stadtregierung die Auszubildenden und in der Folge auch die Augsburger Familien im Regen stehen“.

F.d.R.

Michael Egger
Fraktionsgeschäftsführer